

Bedeutung des Europäischen Ausschusses der Regionen in der EU:

Direktes Bindeglied zwischen EU und Bürgern

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist ein wichtiges Instrument der regionalen und lokalen Mitwirkung in Europafragen. 1994 auf Grundlage der Vereinbarungen des Vertrags von Maastricht gegründet, vertritt er seit nunmehr 25 Jahren die Interessen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und ihrer Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union.

Ein Beitrag von
Karl-Heinz Lambertz

Als Bürgerinnen und Bürger Europas kommen wir alle aus einem Dorf, einer kleineren oder größeren Stadt, einer bestimmten Region. Unser Leben spielt sich überwiegend in unserer Nachbarschaft, in unserem Bekanntenkreis oder im Verein ab. Hier arbeiten und leben wir, hier haben wir sozialen Umgang, lernen andere Menschen kennen und inspirieren sie, hier helfen wir Nachbarn, kümmern uns um gemeinsame Probleme und formulieren unsere Anliegen.

Nationale und europäische politische Organe sind generell besser in der Lage, große internationale Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und Migration anzugehen. Für die Lösung der spezifischen und lokalen Probleme, mit denen wir tagtäglich zu tun haben, sind sie – so hat es oft den Anschein – jedoch zu weit von diesen entfernt. Im Gegensatz hierzu stehen uns die lokalen oder regionalen Mandatsträgerinnen und -träger näher: Sie sind unsere Nachbarn, sie leben in unserem Umfeld, sie fahren über die gleichen reparaturbedürftigen Straßen, ihre Kinder gehen auf die gleiche Schule, sie gehen zum gleichen Hausarzt, kurz gesagt: Sie haben die gleichen Probleme wie wir. Da sie uns nahe sind, haben wir Zugang zu ihnen – wir können mit ihnen auch die Regierungsebene beeinflussen, die sie vertreten, und haben somit auch die Möglichkeit, eine aktive Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen zu spielen, vor denen unsere Gesellschaft steht.



Foto: European Union / Denis Closon

Die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen kommen sechs Mal pro Jahr im Rahmen einer Plenartagung in Brüssel zusammen, um Stellungnahmen, Berichte und Entschlüsse zu erörtern und zu verabschieden

Wenn die staatlichen Stellen weit weg sind und die Entscheidungsfindung übermäßig zentralisiert ist, hat der Normalbürger nicht das Gefühl, dass sich jemand noch um seine alltäglichen Probleme kümmert. Infolgedessen fühlen sich die Menschen machtlos und ungehört, und das ist der Grund, warum sie sich von der Politik abwenden.

Stimme der Regionen und Kommunen

Deshalb ist der [Europäische Ausschuss der Regionen \(AdR\)](#) so wichtig, denn er sorgt dafür, dass sich die Europäische Union durch ein gesundes und funktionierendes demokratisches institutionelles Gefüge auszeichnet. Als der Europäische Ausschuss der Regionen vor 25 Jahren eingerichtet wurde, waren die mit ihm verbundenen Hoffnungen groß und

Zum Autor:

Karl-Heinz Lambertz ist Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) und Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

die Herausforderungen umfangreich. Einbezogen werden sollten die Stimmen derjenigen, die bisher nicht gehört wurden, die man entweder für zu unbedeutend hielt oder die zu weit weg von Brüssel waren.

Mit 25 Jahren ist der Europäische Ausschuss der Regionen das jüngste Mitglied der europäischen institutionellen Familie. Er setzt sich aus 350 Mitgliedern und ebenso vielen stellvertretenden Mitgliedern zusammen, die die Belange der Regionen, Städte und Gemeinden in der Europäischen Union vertreten. Das Besondere am Ausschuss ist, dass seine Mitglieder aktive Bürgermeister oder Präsidenten, Minister oder Parlamentarier einer Region sind, oder Mitglieder eines Stadt-, Kreis- oder Gemeinderates. Tagtäglich kümmern sie sich um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, während sie im Auge behalten, was die EU plant und reguliert – sie beraten die Europäische Kommission, kommen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen und erarbeiten Stellungnahmen, um die europäische Gesetzgebung, die uns alle angeht, mitzugestalten.

Ausschuss als Treffpunkt und Wissenszentrum

Mit der Zeit wurde der Europäische Ausschuss der Regionen zu einem Treffpunkt und Wissenszentrum, wo jedes Jahr über 30.000 Sachverständige und lokale und regionale Vertreterinnen und Vertreter an über 600 Konferenzen, Seminaren und Fachexkursionen teilnehmen. So kommen für die **Europäische Woche der Regionen und Städte** – Europas größte Konferenz für Regionalpolitik – über 5.000 Teilnehmende nach Brüssel, um ihre Erfahrungen in den Bereichen der regionalen und städtischen Entwicklung sowie der Umsetzung der EU-Strukturfonds zu erörtern und auszutauschen.

Mit der Veranstaltung von Bürgerdialogen und -debatten leisten die Mitglieder des Ausschusses einen wichtigen Beitrag zu den Beratungen über die künftige europäische Politik, und sie bringen die EU den Bürgerinnen und Bürgern näher. In den letzten zwei Jahren hat der Europäische Ausschuss der Regionen über 250 Veranstaltungen organisiert und so über 40.000 Bürgerinnen und Bürger in 266 lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aller Mitgliedstaaten erreicht. Hierauf aufbauend arbeitet der Ausschuss derzeit an einem System für einen dauerhaften und strukturierten Dialog, da die Sorgen der Menschen, ihre Ideen und Initiativen nicht nur benannt und gehört werden,



Foto: European Union / Fred Guerdin

sondern sich auch im Handeln der EU widerspiegeln müssen.

Die Mitglieder haben auch jahrelang darauf gedrängt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einen Rechtsrahmen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erhalten. Gegenwärtig gibt es über 70 europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), innerhalb derer die Behörden gemeinsame Dienstleistungen in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Bildung oder Verkehrsinfrastruktur erbringen und somit das Leben der Menschen verbessern können.

Ein Schritt hin zu einer neuen Arbeitsweise ist das Pilotprojekt des Ausschusses zur Verbesserung der Gesetzgebung der EU und ihrer Auswirkungen auf lokaler und regionaler Ebene. Der Ausschuss hat in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission ein Netzwerk regionaler Hubs (Kontaktstellen) lanciert, um frühzeitig Erfahrungen aus erster Hand mit der Anwendung des EU-Rechts einzubringen.

Herausforderungen und Visionen für die Zukunft

2019 befindet sich die Europäische Union an einem Scheideweg. In nur wenigen Monaten wird sich die europäische politische Landschaft in vielerlei Hinsicht ändern. Die Bürgerinnen und Bürger haben gerade ein neues Europäisches Parlament gewählt, der Europäische Rat wird eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten der Europäischen Kommission ernennen und die nächste strategische Agenda der EU für 2019 bis 2024 definieren. Im Oktober muss die Europäische Union in einer neuen Konstellation mit nur noch 27 Mitgliedern ihren Weg in die Zukunft finden. Gleichzeitig steht Europa vor erheblichen Herausforderungen aufgrund von Migration, Klimawandel, wachsender

Die Europäische Woche der Regionen und Städte – hier AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz bei der Eröffnung im Jahr 2018 – ist die weltweit größte Veranstaltung zum Thema regionale Entwicklung

Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und einem Erstarren des Populismus.

Niemanden außen vor zu lassen, wird auch weiterhin die größte Herausforderung sein, wenn die EU die Gemeinschaft und Solidarität zwischen ihren Völkern ungeachtet ihrer jeweiligen Probleme fördern will. Hierfür ist die Kohäsionspolitik unser wirksamstes Mittel. Sie ist Europas Hauptinstrument für Investitionen, mit dem Vorhaben in Partnerschaft mit lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf den Weg gebracht werden, die bis in die letzten Winkel der Europäischen Union reichen. Der Europäische Ausschuss der Regionen hat die **Allianz für die Kohäsionspolitik** ins Leben gerufen, der sich über 12.000 Unterzeichner angeschlossen haben und die die Fortführung der Kohäsionspolitik mit ihren positiven Auswirkungen auch im nächsten EU-Haushalt 2020-2027 fordert. Der Allianz ist es gelungen, das Europäische Parlament davon zu überzeugen, dass die Kohäsionspolitik verteidigt und eine entsprechende Mittelausstattung eingefordert werden muss, um die Ungleichheiten in den und unter den Mitgliedstaaten zu verringern sowie Innovationen in enger Zusammenarbeit mit den Regionen und Bevölkerungsteilen selbst zu verbreiten.

Seit 2015 steht Europa außerdem vor erheblichen Herausforderungen bei der Aufnahme, Betreuung und Integration der Menschen, die hier Schutz suchen. Die in Europa ankommenden Flüchtlinge und Migranten werden zuerst auf der lokalen Ebene in Empfang genommen. Integration steht bei den Ausschussmitgliedern ganz oben auf der Tagesordnung, da viele Regionen und Städte schon seit Langem erfolgreich für die Aufnahme und Integration von Neuankömmlingen sorgen. Sie wissen um den Mehrwert der Migration, und sie kennen die Kosten, die das Scheitern der Integration verursachen kann. Mit einer neuen, vom Europäischen Ausschuss der Regionen zusammen mit weiteren europäischen Vereinigungen angeführten Initiative **„Städte und Regionen für Integration“** sollen die auf lokaler Ebene unternommenen Anstrengungen zur Integration von Migranten und Flüchtlingen in ganz Europa bekannt gemacht werden, um den Bedarf an einem gemeinsamen europäischen Konzept herauszustellen, mit dem in die Schaffung von Gemeinschaften investiert wird, die nicht von Zerwürfnissen, sondern von Zusammenhalt geprägt sind und ein Gefühl des Dazugehörens entstehen lassen.

Die Mitglieder des Ausschusses haben des Weiteren den Interessen der Regionen und



Foto: European Union / Fred Guerdin

Für den europäischen Kommunalverband „Council of European Municipalities and Regions“ unterzeichnete deren Präsident Stefano Bonaccini im Oktober 2017 die Erklärung der Allianz für die Kohäsionspolitik

Städte auf den Konferenzen der Vereinten Nationen zum Klimawandel Gehör verschafft, wo sie sich gemeinsam mit Partnerorganisationen, Städten und Regionen aus aller Welt für eine ökologische Erneuerung der Städte einsetzen, bei der unsere Umweltstandards und Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt werden. Die wöchentlichen Demonstrationen der Bewegung „Jugend fürs Klima“ sind ein Aufruf sowohl zur Eindämmung der Erderwärmung als auch zum Schutz der Umwelt. Wir müssen diesen Aufruf unserer Jugend ernst nehmen. Die Kluft zwischen den EU-Rechtsvorschriften und der Realität vor Ort muss dringend überwunden werden. Ob energieeffiziente Gebäude, intelligente Verkehrssysteme oder nachhaltige



Im April startete der Europäische Ausschuss der Regionen die neue Initiative „Städte und Regionen für Integration“

Wasser- und Abfallbewirtschaftungskonzepte – hierfür sorgen hauptsächlich die Städte und Regionen, die daher ausreichende Mittel und eine neue Arbeitsweise benötigen, damit sie diese Aufgabe erfüllen können.

Zu diesem für die Zukunft Europas kritischen Zeitpunkt sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein zentrales Element der Lösungen, die wir brauchen, damit es den Bürgerinnen und Bürgern gut geht. Gerade hier besteht jedoch nach wie vor Anlass zur Sorge. Obwohl ein Großteil des EU-Rechts von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften

umzusetzen ist, wurden sie seit 2015 zu weniger als 30 Prozent der Legislativvorschläge offiziell konsultiert. Die Gebietskörperschaften sind jedoch für über ein Drittel der öffentlichen Ausgaben zuständig, was über 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise der zwanzigfachen Größe des Haushalts der EU-27 entspricht. Trotz des Rückgangs während der Finanzkrise sind die Gebietskörperschaften immer noch für fast 50 Prozent der öffentlichen Investitionen verantwortlich. Daher müssen sie besser in alle Phasen der Entscheidungsfindung der EU eingebunden werden, damit die EU auch wirklich deren Anliegen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt.

Globalisierung, Brexit, Klimawandel und demografischer Wandel, Digitalisierung und Migration gehören zu den wesentlichen Herausforderungen, die die Lebens- und Arbeitsweise der europäischen Bürgerinnen und Bürger jetzt und in der nahen Zukunft beeinflussen. Arbeitslosigkeit und Ungleichheit machen sich in sozialen Schieflagen in unserer Gesellschaft bemerkbar, Migranten werden in unserer Nachbarschaft integriert, die Auswirkungen der Schädigung der Umwelt werden angesichts verschmutzter Grünflächen und dem Rückgang regionaler Biodiversität spürbar, und unsere alternde Bevölkerung ist mehr und mehr auf Pflege-

kräften für die umfeldnahe Versorgung der Seniorinnen und Senioren angewiesen. Die Bemühungen auf der lokalen und regionalen Ebene müssen dadurch unterstützt werden, dass EU-Maßnahmen lokal verankert werden und dass ein Umdenken stattfindet, damit ihre Stimme in jeder Phase des Legislativverfahrens vom Entwurf über die Umsetzung bis zur Bewertung der Wirkung gehört wird.

Das sind globale Probleme mit lokaler Wirkung. An den politischen Antworten müssen daher auch diejenigen mitwirken, die sie umsetzen müssen. ■

Infos

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR):

☞ <https://cor.europa.eu/de>

Europäische Woche der Regionen und Städte:

☞ <https://europa.eu/regions-and-cities/>

Allianz für Kohäsionspolitik:

☞ <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/cohesion-alliance.aspx>

Initiative „Städte und Regionen für Integration“:

☞ <https://cor.europa.eu/en/our-work/Pages/cities-and-regions-for-integration.aspx>

Europäischer Ausschuss der Regionen

Mitsprache in lokalen und regionalen Fragen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist die jüngste Institution der Europäischen Union. Er wurde 1994 durch den Vertrag von Maastricht errichtet, um den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und Regionen mehr Gehör bei der Gestaltung europäischer Gesetze zu geben. Der AdR besitzt ein Mitspracherecht in sämtlichen Bereichen, die sich direkt auf die lokale oder regionale Ebene auswirken. Dazu zählen insbesondere die Bereiche wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, trans-europäische Infrastrukturnetze, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, Umwelt und Verkehr.

Kommission, Rat und Parlament können den AdR zudem in weiteren Bereichen befassen, wenn ein Legislativvorschlag ihres Erachtens erhebliche regionale oder kommunale Auswirkungen hat. Mit dem Vertrag von Lissabon hat der AdR 2009 zudem das Recht erhalten, wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips gegen Rechtsakte vor dem Europäischen Gerichtshof Klage zu erheben, wenn er im Rahmen des Rechtsetzungsverfahrens anzuhören war.

Dem AdR gehören derzeit 350 Mitglieder und 350 stellvertretende Mitglieder aus allen EU-Mitgliedstaaten an. Sie sind an keine Weisungen gebunden und üben ihre Tätigkeit unabhängig zum allgemeinen Wohl der Union aus. Sie werden auf Vorschlag



Gemeinschaft Belgiens im belgischen Senat.

Deutschland verfügt im AdR über 24 ordentliche und ebenso viele stellvertretende Mitglieder, wobei die deutschen Bundesländer 21 Delegierte und 21 Stellvertreter und die deutschen Kommunen drei Delegierte und drei Stellvertreter stellen. Der Deutsche Städtetag wird im AdR durch die Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz, und der Stadt Aachen, Marcel Philipp, vertreten. Die Interessen der deutschen Landkreise wahren für den Deutschen Landkreistag die Landräte des Landkreises Görlitz, Bernd Lange, und des Landkreises Rhön-Grabfeld, Thomas Habermann. Der Bürgermeister der Stadt Soest, Dr. Eckhard Rutemeyer, und der Bürgermeister der Stadt Altenkirchen, Heinz-Joachim Höfer, vertreten den Deutschen Städte- und Gemeindebund.

der nationalen Regierungen vom Rat für eine fünfjährige Mandatsperiode ernannt. Die laufende sechste Amtsperiode begann im Februar 2015 und endet im Februar 2020. Derzeitiger Präsident des AdR ist Karl-Heinz Lambertz, Vertreter der Deutschsprachigen